

Heime für alte Menschen

**in Baden-
Württemberg**

**Baden-
Württemberg**



MINISTERIUM FÜR
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND SOZIALORDNUNG

Erhebung 1977

Pj/1257.1
- 6.7.79

Heime für alte Menschen in Baden-Württemberg

Erhebung 1977

INHALT

	Seite
Vorwort	5
Gesamtüberblick	7
1. Bestand an Heimen und Plätzen für alte Menschen, voraussichtliche weitere Entwicklung	9
1.1 In Betrieb befindliche Einrichtungen	9
1.11 Zahl der Heime und Plätze insgesamt	9
1.12 Ein- und mehrgliedrige Einrichtungen	10
1.13 Träger der Heime	11
1.2 Heimplätze im Bau und in der Planung	13
1.3 Künftig wegfallende Plätze	13
1.4 Voraussichtliche Entwicklung des Heimplatzbestandes	13
2. Gegenüberstellung des Bestandes und des Bedarfs an Heimplätzen	14
2.1 Landesergebnis	14
2.2 Kreisergebnisse	17
3. Größe, Baujahr und Ausstattung der Heime	21
3.1 Größe der Heime	21
3.2 Baujahr und Ausstattung der Heime	22
4. Belegung der Heime	23
5. Pflegesätze	24
5.1 Festsetzungen der Pflegesatzkommission	24
5.2 Ergebnisse der Erhebung 1977	25
5.3 Ursachen der Kostenentwicklung	26
5.4 Sozialversicherungsrechtliche Abdeckung des Risikos der Pflegebedürftigkeit	27
6. Personal	28
 Anhang	
Entwicklung des Bestandes an Heimplätzen für alte Menschen nach Stadt- und Landkreisen, Regionen und Regierungsbezirken	29

Herausgeber: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
 Sozialordnung Baden-Württemberg

Gesamtherstellung: Ernst Klett, Druckerei, 7000 Stuttgart
 Stuttgart, im März 1978
 SM-1-78

Vorwort

Die Altenhilfe ist in den letzten Jahren immer stärker in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Presse, Rundfunk und Fernsehen haben sich dieses Themas in unzähligen Beiträgen angenommen und haben versucht, die Probleme des Alters herauszukristallisieren und das Rollenbild der älteren Menschen in unserer Gesellschaft neu zu definieren. Die Gründe für dieses wachsende Interesse liegen auf der Hand: die Lebenserwartung der Menschen ist in den letzten 100 Jahren auf das Doppelte gestiegen, der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung hat sich seit der Jahrhundertwende nahezu verdreifacht, soziale Bindungen und Strukturen haben sich verändert, die früher vorherrschende Großfamilie ist inzwischen weitgehend der Ein- oder Zweigenerationenfamilie gewichen.



Dennoch gab es auf dem Gebiet der Altenhilfe bis vor einigen Jahren nur wenig an verlässlichen statistischen Informationen. Selbst über das sich ständig vergrößernde Angebot an Heimplätzen lagen nur unzureichende Angaben vor. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung hat deshalb im Jahre 1974 damit begonnen, einen elektronisch geführten Datenbestand über die Heime für alte Menschen in unserem Lande aufzubauen. Die Basis hierfür bildete eine Erhebung bei sämtlichen einschlägigen Einrichtungen, über deren Ergebnisse seinerzeit ausführlich berichtet wurde (vgl. Heime für alte Menschen in Baden-Württemberg — Erhebung 1974).

Die Daten aus dem Jahre 1974 sind nunmehr durch eine neuerliche Erhebung aktualisiert worden. Die Ergebnisse der Erhebung sind in diesem Bericht zusammengefaßt. Schwerpunkte der Erhebung waren der derzeitige nach Trägern und Kreisen gegliederte Bestand an Heimplätzen, die unbelegten Plätze und die Pflegesätze. Details über die Zusammensetzung des Personenkreises der Heimbewohner und über die Personalstruktur der Heime wurden diesmal nicht erhoben. Insofern kann jedoch auf die Ergebnisse von 1974 zurückgegriffen werden.

Mit dem Bericht „Heime für alte Menschen in Baden-Württemberg — Erhebung 1977“ setzt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung die Reihe seiner Veröffentlichungen zur Altenhilfe in Baden-Württemberg fort. Mit diesem Bericht sollen die Ergebnisse der Erhebung 1977 sowohl den fachlich berührten Stellen wie auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Zielsetzung des Berichts besteht wiederum darin, den auf dem Gebiet der Altenhilfe Tätigen aktuelle und verlässliche Daten für ihre weitere Arbeit an die Hand zu geben und ihnen damit Orientierungs- und Entscheidungshilfen zur Verfügung zu stellen. Durch eine fortlaufende Erfassung der Zugänge und Abgänge an Heimen sowie der Veränderungen der Platzzahlen wird es möglich sein, die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung auch künftig stets auf dem aktuellen Stand zu halten. Das Fortschreibungsverfahren knüpft an die Meldepflichten der Heime nach dem Heimgesetz an.

Die Ergebnisse der Erhebung 1977 bestätigen, daß die intensiven Bemühungen der letzten Jahre um eine bessere Versorgung der alten Menschen mit Heimplätzen erfolgreich gewesen sind. Obwohl die Zahl der älteren Menschen in unserem Lande seit 1974 um rund 84 000 zugenommen hat, konnte die Versorgung von 1974 bis 1977 von 3,86 auf 4,07 Plätze je 100 Betagte verbessert werden. Die Gesamtzahl der Heimplätze liegt nunmehr erstmals über 50 000. Allein seit 1974 ist eine Zunahme um nahezu 6 000 Plätze festzustellen; darunter befinden sich rund 2 200 Pflegeplätze.

Das Land hat diese positive Entwicklung mit erheblichen Mitteln gefördert. So konnten in den Jahren 1972 bis 1977 für Zuschüsse zum Bau oder Erwerb, zur Erweiterung und zur baulichen Verbesserung von Altenwohnheimen, Altenheimen und Altenpflegeheimen aus Landesmitteln insgesamt rund 138 Millionen DM bereitgestellt werden. Durch den gezielten Einsatz dieser Mittel war es möglich, das Versorgungsgefälle zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen zu verringern und damit dem Ziel einer bedarfsgerechten Versorgung mit Heimplätzen und einer ausgewogenen sozialen Infrastruktur in allen Landesteilen wiederum ein Stück näherzukommen. Daneben konnten im Rahmen der Wohnungsbauprogramme zinsverbilligte Darlehen aus Landes- und Bundesmitteln gewährt und Mittel der Landeskreditbank zur Ablösung hochverzinslicher Kapitalmarktdarlehen eingesetzt werden, was den Heimbewohnern auch durch eine Verbilligung der Pflegesätze zugute kam.

Gut bewährt hat sich bei der Planung von Heimen die Bildung eines Koordinierungsausschusses für Investitionen der Jugend-, Alten- und Gefährdetenhilfe beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, in dem jedes zur Förderung anstehende Projekt eingehend beraten und auf seine Bedarfsgerechtigkeit und Dringlichkeit hin geprüft wird.

Sorge bereiten nach wie vor die im Zuge der Kostenentwicklung in den Heimen stark gestiegenen Pflegesätze. Immer mehr alte Menschen stehen bei dieser Entwicklung vor dem Problem, daß die Rente zur Bestreitung der Heimkosten nicht mehr ausreicht. Insbesondere bei Pflegebedürftigkeit können die alten Menschen die Kosten des Heimaufenthalts oft nicht mehr aus eigener Kraft aufbringen. Das Sozialministerium hat zu dieser Problematik mit seiner Studie „Die Pflegebedürftigkeit als Leistungsgrund der Sozialversicherung“ im Februar 1977 einen Lösungsvorschlag unterbreitet. Der Bundesgesetzgeber ist gefordert, hier bald eine Entscheidung herbeizuführen.

Die starken Pflegesatzsteigerungen der letzten Jahre haben neben anderen Gründen bereits jetzt zu einer merklichen Abschwächung der Nachfrage nach Heimplätzen geführt. Damit stellt sich erneut die Frage nach der richtigen Einschätzung des mittel- und langfristigen Bedarfs an Heimplätzen. Ich gehe davon aus, daß die Ergebnisse der Erhebung 1977 auch hierzu wichtige Fingerzeige geben können und hoffe, daß mit der Veröffentlichung dieser Zahlen nunmehr eine gute Ausgangsbasis für eine gründliche Erörterung dieser Frage mit allen Beteiligten gegeben ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle all denen danken, die sich tagtäglich bei ihrer Arbeit für unsere älteren Mitmenschen engagieren. Mein Dank gilt auch der großen Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Altenhilfe. Wir werden auch in Zukunft auf ihre Mitarbeit angewiesen sein.

Aurelia Freisinger

Minister für Arbeit,
Gesundheit und Sozialordnung

Heime für alte Menschen in Baden-Württemberg

— Gesamtüberblick

	1974	1977
Heimplätze insgesamt	44 558	50 395
davon:		
in Altenwohnheimen	5 706	7 242
in Altenheimen	26 850	28 921
in Altenpflegeheimen	12 002	14 232
Plätze im Bau	5 053	4 357
davon:		
in Altenwohnheimen	929	660
in Altenheimen	2 168	1 465
in Altenpflegeheimen	1 956	2 232
Plätze in der Planung	6 745	3 710
davon:		
in Altenwohnheimen	1 391	386
in Altenheimen	2 452	870
in Altenpflegeheimen	2 902	2 454
Heimplätze je 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren	3,86	4,07
Heimplätze nach der Trägerschaft (Anteile in %)		
Gemeinnützige Träger	70,05	73,94
Öffentliche Träger	17,88	15,78
Private Träger	12,07	10,27
Personal der Heime	12 532	14 273
darunter: Pflegekräfte	4 443	5 644

1. Bestand an Heimen und Plätzen für alte Menschen, voraussichtliche weitere Entwicklung

1.1 In Betrieb befindliche Einrichtungen

1.11 Zahl der Heime und Plätze insgesamt

Die Gesamtzahl der Altenwohnheime, Altenheime und Altenpflegeheime in Baden-Württemberg beläuft sich nach dem Ergebnis der Erhebung vom 3. Juni 1977 auf 731. Diese Heime verfügen über insgesamt 50 395 Heimplätze.

Davon entfallen

auf die Altenwohnheime ¹⁾	7 242 Plätze
auf die Altenheime	28 921 Plätze
und auf die Altenpflegeheime	14 232 Plätze.

Daneben gibt es in Baden-Württemberg:

20 Heime mit insgesamt 2 052 Heimplätzen, die ganz oder überwiegend mit psychisch kranken alten Menschen belegt sind sowie

5 Altenheime mit insgesamt 211 Heimplätzen für Blinde und Gehörlose.

Neben den allgemein zugänglichen Heimen besteht eine Reihe von Einrichtungen, die ausschließlich für Angehörige von Schwesterngemeinschaften bestimmt sind (Schwesternaltenheime). Diese Heime waren 1977 nicht in die Erhebung einbezogen. 1974 war ihre Zahl mit 50, ihr Bestand an Heimplätzen mit 2 383 ermittelt worden. In der Größenordnung dürften diese Zahlen auch heute noch zutreffen.

Im Vergleich zu der letzten Erhebung im Jahre 1974 ergibt sich bei den allgemein zugänglichen Altenwohn-, Alten- und Altenpflegeheimen eine Zunahme der Platzzahlen um 5 837 oder 13,09 % (Übersicht 1). Dies entspricht einer jährlichen Zunahme des Heimplatzbestandes um etwa 1 800 Plätze.

Die Zahl der Heime hat seit 1974 insgesamt nur um 10 zugenommen, dabei steht einer abnehmenden Zahl kleinerer Heime eine zunehmende Zahl mittlerer und größerer Heime gegenüber (vgl. Abschnitt 2.1).

Von dem Zuwachs an Heimplätzen seit 1974 entfallen 2 230 auf die Altenpflegeheime, 2 071 auf die Altenheime und 1 536 auf die Altenwohnheime. In absoluten Zahlen ergibt sich somit die stärkste Zunahme bei den Altenpflegeheimen, gefolgt von den Altenheimen und Altenwohnheimen. Prozentual haben die Wohnheime den stärksten Zuwachs aufzuweisen (+ 26,9 %). An zweiter Stelle folgen dann die Altenpflegeheime (+ 18,6 %) und erst an dritter Stelle die Altenheime (+ 7,7 %).

Die Wohnbevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren hat in Baden-Württemberg von Anfang 1974 bis Anfang 1977 von 1,155 Millionen auf 1,239 Millionen, also um 7,27 % zugenommen. Bei der Zahl der Heimplätze ist — wie bereits erwähnt —

¹⁾ Die Wohnstifte sind bei der Auszählung größtenteils der Gruppe der Altenwohnheime zugeordnet worden, da sie dieser Heimform am nächsten kommen. Während sich die Bewohner eines Altenwohnheimes weitgehend selbst versorgen, ist für das Altenheim die volle Verpflegung und Betreuung durch das Heim charakteristisch. Die Wohnstifte stellen meist eine Zwischenform der beiden Heimtypen dar.

eine Zunahme um 13,09 % zu verzeichnen. Der Heimplatzbestand hat also relativ stärker zugenommen als die Altenbevölkerung. Die Versorgung mit Heimplätzen hat sich deshalb seit 1974 von 3,86 auf 4,07 Heimplätze je 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren verbessert.

Bei den Heimen für psychisch kranke alte Menschen ist ein Vergleich mit früheren Jahren nicht möglich, da diese Heime 1977 erstmals erhoben wurden. Bei den Altenheimen für Blinde und Gehörlose ergibt sich gegenüber 1974 per Saldo eine Zunahme um 24 Plätze.

Übersicht 1

Heimplätze für alte Menschen in Baden-Württemberg
1961, 1969, 1974 und 1977

Plätze in	Herbst 1961	1. Jan. 1969	3. April 1974	3. Juni 1977
Altenwohnheimen	698	1 960	5 706	7 242
Altenheimen	21 033	24 587	26 850	28 921
Altenpflegeheimen	4 787	7 897	12 002	14 232
Zusammen	26 518	34 444	44 558	50 395

Quellen: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (1961 und 1969);
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (1974 und 1977).

1.12 Ein- und mehrgliedrige Einrichtungen

Der bereits 1974 zu beobachtende Trend zur mehrgliedrigen, kombinierten Einrichtung hat sich inzwischen noch verstärkt. Die Zahl der eingliedrigen Einrichtungen (reine Altenwohnheime, reine Altenheime oder reine Altenpflegeheime) ist von 1974 bis 1977 von 496 auf 413 zurückgegangen, der Anteil dieser Heime am Heimplatzbestand ist von 47,6 auf 35,5 % gesunken. Allein bei den eingliedrigen Altenheimen ist ein Rückgang von 385 auf 322 Heime festzustellen (Übersicht 2).

Starke Zunahmen finden sich hingegen bei den zwei- und dreigliedrigen Einrichtungen. Die Zahl der zweigliedrigen Einrichtungen ist von 197 auf 276 gestiegen, der Anteil dieser Einrichtungen am Heimplatzbestand hat sich von 42,9 auf 50,4 % erhöht. Besonders häufig ist die Kombination Altenheim/Altenpflegeheim (1974 = 184 Heime mit 17 174 Plätzen, 1977 = 251 Heime mit 22 787 Plätzen), die Kombinationen Altenwohnheim/Altenheim und Altenwohnheim/Altenpflegeheim sind dagegen wesentlich seltener.

Die Zahl der dreigliedrigen Einrichtungen, in denen Altenwohnheim, Altenheim und Altenpflegeheim miteinander kombiniert sind, ist von 28 auf 42 gestiegen, der Anteil dieser Heime am Heimplatzbestand hat sich von 9,5 auf 14,1 % erhöht.

Übersicht 2

Heime und Plätze für alte Menschen nach ein- und mehrgliedrigen
Einrichtungen

Art des Heimes	Zahl der Heime	Zahl der Plätze insgesamt	%
Eingliedrige Einrichtungen	413	17 884	35,5
Altenwohnheime	39	3 359	6,7
Altenheime	322	11 239	22,3
Altenpflegeheime	52	3 286	6,5
Zweigliedrige Einrichtungen	276	25 381	50,4
Altenwohn-/Altenheime	16	1 022	2,0
Altenwohn-/Altenpflegeheime	9	1 572	3,1
Alten-/Altenpflegeheime	251	22 787	45,2
Dreigliedrige Einrichtungen			
Altenwohn-/Alten-/Altenpflegeheime	42	7 130	14,1
Zusammen	731	50 395	100

1.13 Träger der Heime

Eine Fortsetzung des bereits früher beobachteten Trends zeigt sich auch in der Aufteilung der Heimplätze nach Trägergruppen. Die von gemeinnützigen Trägern vorgehaltenen Heimplätze haben seit 1974 weiter zugenommen (+ 6 052 Plätze), während bei den öffentlichen Trägern erneut eine Abnahme festzustellen ist (— 13 Plätze). Der Anteil der gemeinnützigen Träger am gesamten Heimplatzbestand ist — wie aus Übersicht 3 hervorgeht — inzwischen auf 73,94 % und damit auf fast drei Viertel angestiegen (1974 = 70,05 %). Der Anteil der öffentlichen Träger beträgt nunmehr 15,78 % (1974 = 17,88 %).

Bei den Heimplätzen privater (gewerblicher) Träger, die in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten stark zugenommen haben, ist nunmehr erstmals wieder ein Rückgang zu verzeichnen (— 202 Plätze). Der Anteil der privaten Träger am gesamten Heimplatzbestand liegt gegenwärtig bei 10,27 % (1974 = 12,07 %).

Die längerfristige, seit 1961 zu beobachtende Entwicklung des Heimplatzbestandes nach öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Trägern ist in Übersicht 4 dargestellt.

Übersicht 3

Heime und Plätze für alte Menschen nach Trägergruppen

Trägergruppe	Zahl der Heime	Plätze	
		absolut	in %
Gemeinden und Städte	111	5 763	11,44
Landkreise	20	1 894	3,76
Sonstige öffentliche Träger	3	297	0,59
Öffentliche Träger insgesamt	134	7 954	15,78
Diakonisches Werk	170	15 415	30,59
Caritasverband	150	9 881	19,60
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	49	6 449	12,80
Arbeiterwohlfahrt	16	1 818	3,61
Deutsches Rotes Kreuz	10	909	1,80
Sonstige gemeinnützige Träger	43	2 792	5,54
Gemeinnützige Träger insgesamt	438	37 264	73,94
Private Träger	159	5 177	10,27
Alle Trägergruppen	731	50 395	100

Übersicht 4

Entwicklung des Heimplatzbestandes nach öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Trägern 1961—1977

Trägergruppe	Herbst 1961		1. Jan. 1969		3. April 1974		3. Juni 1977	
	Plätze		Plätze		Plätze		Plätze	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Öffentliche Träger	9 622	36,15	9 595	27,86	7 967	17,88	7 954	15,78
Gemeinnützige Träger	16 032	60,23	21 806	63,31	31 212	70,05	37 264	73,94
Private Träger	962	3,61	3 043	8,83	5 379	12,07	5 177	10,27
Zusammen	26 616*)	100	34 444	100	44 558	100	50 395	100

*) Die Differenz zu Übersicht 1 ist darauf zurückzuführen, daß bei der 1961 erfolgten Auszählung neben den Plätzen in Altenwohn-, Alten- und Altenpflegeheimen auch 98 Dauerplätze für alte Menschen in Krankenhäusern mitgezählt wurden.

1.2 Heimplätze im Bau und in der Planung

Als im Bau befindlich wurden bei der Erhebung 1977 4 357 Heimplätze gezählt. Davon können nach Angaben der Heime und Träger 3 643 Plätze voraussichtlich binnen 24 Monaten fertiggestellt werden.

Interessant ist die Aufteilung der Plätze im Bau auf die drei Heimtypen Altenwohnheim, Altenheim und Altenpflegeheim.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung hat in seiner Altenhilfedenschrift vom Juli 1973 Schwerpunkte zugunsten der Schaffung zusätzlicher Pflege- und Wohnheimplätze gesetzt, weil bei diesen Heimtypen noch ein erheblicher Nachholbedarf bestand, während sich bei den Altenheimplätzen bereits damals in vielen Landesteilen eine Sättigung des Bedarfs abzuzeichnen begann.

Bei der Erhebung 1974 entfiel noch der größte Teil der Plätze im Bau auf Altenheime. Die Planungen für diese Heime waren bereits vor Veröffentlichung der Altenhilfedenschrift erstellt worden, in der Mehrzahl der Fälle war auch bereits vorher mit der Bauausführung begonnen worden.

Inzwischen hat sich das Bild deutlich verändert. Von den 4 357 Heimplätzen im Bau sind 2 232 (51,2%) Pflegeplätze, 1 465 (33,6%) Altenheimplätze und 660 (15,1%) Wohnheimplätze.

Als in der Planung befindlich wurden 3 710 Heimplätze gezählt, wobei allerdings davon ausgegangen werden muß, daß es kaum gelungen sein dürfte, alle Planungen vollzählig zu erfassen. Die Verlagerung der Schwerpunkte zeigt sich hier noch deutlicher als bei den Plätzen im Bau. Von den Plätzen in der Planung sind 2 454 (66,1%) Pflegeplätze, 870 (23,5%) Altenheimplätze und 386 (10,4%) Wohnheimplätze.

1.3 Künftig wegfallende Plätze

Die Zahl der Heimplätze, die voraussichtlich binnen 24 Monaten wegfallen werden, wurde von den Heimen mit 1 473 (983 Altenheimplätze und 490 Pflegeplätze) angegeben. Als Grund wurde teils die beabsichtigte Schließung des Heimes, teils aber auch die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen genannt, die häufig mit einer Auflockerung des Bettenbestandes einhergehen.

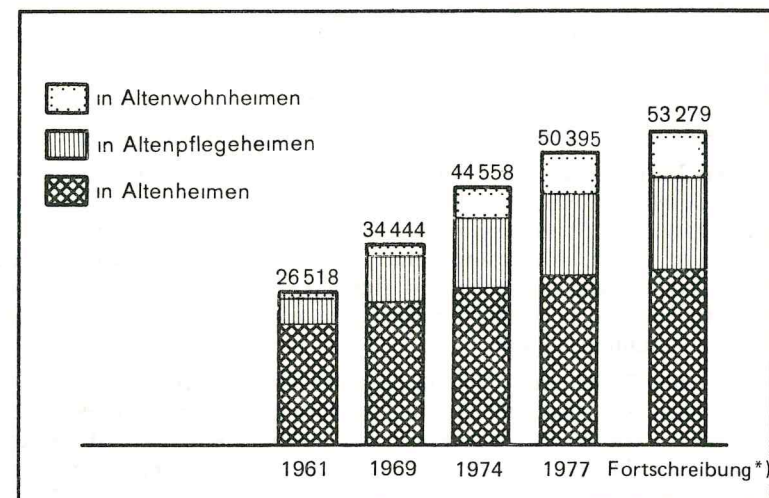
1.4 Voraussichtliche Entwicklung des Heimplatzbestandes

Rechnet man zu den derzeit vorhandenen Heimplätzen die Plätze im Bau hinzu und setzt man hiervon die künftig wegfallenden Plätze ab, so ergibt sich per Saldo eine Zunahme um 2 884 auf 53 279 Plätze (Schaubild 1). Davon entfallen auf die Altenwohnheime 7 902, auf die Altenheime 29 403 und auf die Altenpflegeheime 15 974 Plätze. Gegenüber dem derzeitigen Bestand bedeutet dies bei den Altenwohnheimen eine Zunahme um 660 Plätze und bei den Altenpflegeheimen sogar um 1 742 Plätze. Bei den Altenheimen errechnet sich hingegen nur eine Zunahme um 482 Plätze, weil hier der größte Teil des Neubausvolumens als Ersatz für künftig wegfallende Plätze dient.

Rechnet man zu den vorstehend ermittelten Zahlen auch die Plätze in der Planung hinzu, so erhöht sich die Gesamtzahl der Plätze auf 56 989. Dabei ist allerdings offen, ob es den Trägern möglich sein wird, ihre Vorhaben in vollem Umfang zu realisieren und wann mit der Fertigstellung der geplanten Plätze gerechnet werden kann.

Schaubild 1

Entwicklung des Heimplatzbestandes



*) Bestand 1977 zuzüglich der im Bau befindlichen Plätze

Einen Überblick über die voraussichtliche weitere Entwicklung des Heimplatzbestandes in den Stadt- und Landkreisen, Regionen und Regierungsbezirken geben die Zusammenstellungen im Anhang.

2. Gegenüberstellung des Bestandes und des Bedarfs an Heimplätzen

2.1 Landesergebnis

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung ist in der Denkschrift „Altenhilfe in Baden-Württemberg“ vom Juli 1973 im Landesdurchschnitt von einem Bedarf von 6 Heimplätzen je 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren ausgegangen. Dabei wurde unterstellt, daß sich dieser Bedarfsschlüssel langfristig auf 7 Plätze je 100 Betagte erhöhen wird, weil der Anteil der Hochbetagten an der Altenbevölkerung Mitte der achtziger Jahre stark ansteigen wird. Gerade auf diese Personengruppe kommt es nämlich bei der Einschätzung des künftigen Bedarfs an Heimplätzen entscheidend an. So hat sich z. B. bei der Erhebung 1974 ergeben, daß von den 65—69-jährigen nur 0,7%, von den 80—84-jährigen dagegen 7,8% und von den 85-jährigen und Älteren sogar 12,8% in Heimen leben.

Die nähere Aufgliederung des Bedarfsschlüssels aus der Altenhilfedenschrift von 1973 stellt sich wie folgt dar:

Plätze je 100 Betagte in	Gegenwärtiger Bedarf		Künftiger Bedarf	
	in Großstädten mit mehr als 100 000 Einw.	in anderen Gebieten	in Großstädten mit mehr als 100 000 Einw.	in anderen Gebieten
Altenwohnheimen	3,0	1,5	3,0	1,5
Altenheimen	2,5	2,0	3,0	2,5
Altenpflegeheimen	2,5	2,0	3,0	2,5
Zusammen	8,0	5,5	9,0	6,5
Landesdurchschnitt	6,0		7,0	

Zur Zeit leben in Baden-Württemberg 1,239 Millionen Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren. 1990 werden es nach der neuesten Bevölkerungsschätzung des Statistischen Landesamts vom 10. September 1976 rund 1,21 Millionen sein.

Rein rechnerisch würde sich aus diesen Zahlen für das Jahr 1977 ein Bedarf von rund

22 500 Plätzen in Altenwohnheimen,
26 000 Plätzen in Altenheimen und
26 000 Plätzen in Altenpflegeheimen

und für das Jahr 1990 — unter Anwendung des erhöhten Bedarfsschlüssels — ein Bedarf von rund

22 000 Plätzen in Altenwohnheimen,
31 500 Plätzen in Altenheimen und
31 500 Plätzen in Altenpflegeheimen

ergeben. In den Jahren seit der Veröffentlichung der Altenhilfedenschrift haben sich jedoch — wie unten noch auszuführen sein wird — eine ganze Reihe von Gesichtspunkten dafür ergeben, daß der tatsächliche Bedarf niedriger anzusetzen ist.

Der Bestand an Heimplätzen beläuft sich unter Einrechnung der Plätze im Bau und nach Abzug der künftig wegfallenden Plätze auf

7 902 Plätze in Altenwohnheimen,
29 403 Plätze in Altenheimen und
15 974 Plätze in Altenpflegeheimen.

Der Fehlbestand an Heimplätzen wäre demnach bei den Altenwohnheimen zur Zeit mit rund 14 600 und langfristig mit rund 14 100 Plätzen zu beziffern. Diese Zahlen erscheinen aus heutiger Sicht überhöht, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Bedarf an Altenwohnheimplätzen hängt sehr stark von der örtlichen Situation in der Wohnraumversorgung ab, da das Fehlen einer altersgerechten Wohnung oft einen wichtigen Beweggrund für die Übersiedlung in ein Heim darstellt. Die lange Zeit angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren merklich zugunsten der Wohnungssuchenden verbessert.

Ein weiteres sehr wichtiges Kriterium für den Bedarf an Altenwohnheimplätzen ist das Angebot an offenen Hilfen. Auch hier sind seit der Veröffentlichung der Altenhilfedenschrift erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Insbesondere das Dienstleistungsangebot der Gemeindepflege- und der Sozialstationen, die fahrbaren Essensdienste und die organisierte Nachbarschaftshilfe tragen dazu bei, daß ältere Menschen länger als bisher in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. Bereits jetzt sind in Baden-Württemberg 162 anerkannte, mit Landesmitteln geförderte Sozialstationen vorhanden. Der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Sozialstationen soll bis Anfang der achtziger Jahre abgeschlossen sein.

Dies hat zur Folge, daß der Bedarf an Altenwohnheimplätzen heute allgemein wesentlich niedriger eingeschätzt wird als noch vor Jahren. Für die Festsetzung eines neuen Bedarfsschlüssels liegen jedoch noch keine hinreichend gesicherten Erfahrungswerte vor. Bei der Planung neuer Projekte ist in jedem Fall eine

gründliche Analyse der örtlichen Gegebenheiten erforderlich. Dabei ist zu beachten, daß die Bereitstellung altersgerechter preisgünstiger Wohnungen bei entsprechender Betreuung im Rahmen der offenen Altenhilfe für viele noch rüstige alte Menschen schon aus wirtschaftlichen Gründen eine willkommene Alternative zur Heimunterbringung darstellt.

Der Bedarf an Altenwohnheimen konzentriert sich erfahrungsgemäß sehr stark auf mittlere und größere Städte, während in ausgesprochen ländlichen Gebieten kaum ein Bedarf an derartigen Einrichtungen festzustellen ist.

Bei den Altenheimen und Altenpflegeheimen ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Bestand und Bedarf für die Gegenwart noch ein Fehlbestand von rund 6 600 Plätzen. Dabei steht einem rechnerischen Überhang von rund 3 400 Plätzen in Altenheimen ein Fehlbestand von rund 10 000 Plätzen in Altenpflegeheimen gegenüber. Beide Größen müssen jedoch im Zusammenhang gesehen werden, da der Übergang vom Altenheim zum Pflegeheim fließend und eine klare Abgrenzung vielfach nicht möglich ist. Die Erhebung 1974 hat ergeben, daß in den Altenheimen auch viele pflegebedürftige alte Menschen versorgt werden. Der „Überhang“ an Altenheimplätzen stellt also einen teilweisen Ausgleich für die noch fehlenden Pflegeheimplätze dar.

Legt man der Bedarfsberechnung, wie in der Altenhilfedenschrift vorgesehen, ab Mitte der achtziger Jahre einen erhöhten Bedarfsschlüssel zugrunde (vgl. S. 14), so würde sich bei den Altenheimen und Altenpflegeheimen langfristig noch ein zusätzlicher Bedarf von 17 600 Plätzen (2 100 Plätze in Altenheimen und 15 500 Plätze in Altenpflegeheimen) ergeben. Aus heutiger Sicht bedürfen aber auch diese Zahlen einer kritischen Überprüfung.

Es ist davon auszugehen, daß der verstärkte Ausbau der offenen Hilfen auch zu einer Reduzierung des Bedarfs an Altenheim- und Pflegeheimplätzen führen wird. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen lassen sich allerdings gegenwärtig noch nicht beziffern.

Alte Menschen bemühen sich oft nur deshalb um einen Heimplatz, weil sie befürchten, eines Tages im eigenen Haushalt nicht mehr zurechtzukommen oder im Falle der Pflegebedürftigkeit nicht versorgt zu sein. Schon das Bewußtsein, im Bedarfsfalle jederzeit auf offene Hilfen zurückgreifen zu können, wird vielen alten Menschen die Sicherheit geben, die sie sich von einer Übersiedlung in ein Heim erhoffen und somit zu einer Verminderung der Nachfrage nach Heimplätzen führen.

Aber auch dann, wenn bereits eine gewisse Versorgungs- oder Pflegebedürftigkeit eingetreten ist, können offene Hilfen durchaus noch eine Alternative zur Heimunterbringung sein. Dies gilt insbesondere für die älteren Menschen, die nur vorübergehend oder in begrenztem Umfang auf Versorgung und Pflege durch familienfremde Personen angewiesen sind sowie bei leichter Pflegebedürftigkeit.

Für alte Menschen, die einer längerdauernden, intensiven Betreuung bedürfen, wird eine Heimunterbringung auch in Zukunft oft die bestmögliche Form der Hilfe sein. Der Ausbau der offenen Hilfen kann aber auch in diesen Fällen bewirken, daß die Heimaufnahme so lange wie möglich hinausgeschoben und damit die Dauer des Heimaufenthalts verkürzt wird. Auch die hohen Leistungen der Sozialhilfe bei häuslicher Pflege (§ 69

Abs. 3 und 4 BSHG) scheinen die Bereitschaft zu stärken, Angehörige länger zu Hause zu pflegen.²⁾

Die Landesregierung erwartet hiervon eine spürbare Entlastung des Heimbereichs. Sie hofft, daß es durch den verstärkten Ausbau der offenen Hilfen möglich sein wird, wenigstens einen Teil des Mehrbedarfs an Altenheim- und Pflegeheimplätzen zu kompensieren, der auf Grund der starken Zunahme des Anteils der Hochbetagten unter den alten Menschen in den achtziger Jahren zu erwarten ist. Dies würde bedeuten, daß die in der Altenhilfedenschrift von 1973 vorgesehene Anhebung des Bedarfsschlüssels entsprechend geringer ausfallen, im günstigsten Falle sogar ganz unterbleiben könnte. Die Landesregierung wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten. Sie wird bei den Bedarfsberechnungen auf Landesebene zunächst weiterhin von den gegenwärtigen Bedarfsschlüsseln ausgehen (in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern = 2,5 Altenheimplätze und 2,5 Altenpflegeheimplätze je 100 Betagte, in anderen Gebieten = 2,0 Altenheimplätze und 2,0 Altenpflegeheimplätze je 100 Betagte). Über die Frage einer Anhebung des Bedarfsschlüssels wird zu gegebener Zeit erneut zu entscheiden sein.

Für die Planung von Altenheimen und Altenpflegeheimen ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Bestand und Bedarf, daß der Schwerpunkt der Bautätigkeit künftig noch stärker als bisher auf der Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze liegen muß. Die benötigten Pflegeplätze brauchen jedoch keineswegs alle neu gebaut zu werden, an vielen Orten wird die angestrebte Vermehrung der Pflegeplätze bereits durch eine Umstrukturierung vorhandener Heime zu erreichen sein. Außerdem muß vor der Entscheidung über eine Neubaumaßnahme jeweils geprüft werden, inwieweit nach dem Krankenhausbedarfsplan nicht mehr benötigte Krankenhäuser als Altenpflegeheime weiterverwendet werden können.

Der Bedarf an Altenheimplätzen ist in Baden-Württemberg auch auf längere Sicht bereits weitgehend gedeckt. Diese Betrachtung im Landesmaßstab schließt allerdings nicht aus, daß örtlich doch noch zusätzliche Plätze benötigt werden, da der Überhang in einem Gebiet in aller Regel nicht gegen den Fehlbestand in einem anderen Gebiet aufgerechnet werden kann. Zusätzliche Altenheimplätze sollten von den Heimträgern nur noch nach genauester Prüfung der Bedarfslage und wenn irgend möglich nur noch in Verbindung mit Altenpflegeheimen geschaffen werden. Altenheimplätze sollten baulicherseits so ausgestattet sein, daß sie auch für pflegebedürftige alte Menschen geeignet sind. Ansonsten wird das Schwergewicht der Bautätigkeit bei den Altenheimen auf Sanierungs-, Modernisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen liegen müssen.

2.2 Kreisergebnisse

Zum Bedarf an Heimplätzen in den Stadt- und Landkreisen, Regionen und Regierungsbezirken des Landes sind in der bereits mehrfach erwähnten Altenhilfedenschrift vom Juli 1973 umfangreiche tabellarische Zusammenstellungen enthalten. Diese Zahlen sind jedoch durch die in Abschnitt 2.1 dargelegte Entwicklung überholt. Sie stützten sich auf die in der Denkschrift genannten Bedarfsschlüssel und auf die damals vorliegenden Bevölkerungsstatistiken und Bevölkerungsvorausschätzungen.

²⁾ Vgl. Empfehlungen des Landkreistags Baden-Württemberg zur Altenhilfe vom April 1977, S. 49.

Das Sozialministerium hatte schon bei der Veröffentlichung dieser Zahlen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Berechnungen nur Größenordnungen aufzeigen, nicht aber absolute Gültigkeit beanspruchen konnten. Diese Einschränkung war notwendig, weil bei den Berechnungen nur schematisch vorgegangen werden konnte und regionale oder örtliche Besonderheiten wie z. B. Unterschiede in der Siedlungs- oder Altersstruktur, in den Wohn- und Eigentumsverhältnissen und im Angebot an offenen Hilfen ebenso unberücksichtigt bleiben mußten wie die zum Teil sehr stark ins Gewicht fallenden Zu- und Abwanderungen. Die Berücksichtigung all dieser Kriterien hätte es erforderlich gemacht, den Bedarfsschlüssel für jeden einzelnen Kreis individuell festzusetzen. Dies wäre jedoch nicht nur am vielfach noch fehlenden Zahlenmaterial gescheitert, sondern im Rahmen einer Planung auf Landesebene auch kaum durchführbar gewesen.

Die Bedeutung der genannten Faktoren für den Bedarf an Heimplätzen läßt sich heute nur schwer abschätzen. Die Erhebungen 1974 und 1977 haben jedoch auch hierzu einige wertvolle Erkenntnisse gebracht.

Als besonders wichtig für die richtige Einschätzung des Bedarfs an Heimplätzen haben sich die Zu- und Abwanderungen alter Menschen erwiesen. Diese Wanderungsbewegungen sind teils auf den hohen Freizeit- und Erholungswert vieler Gebiete unseres Landes, teils auf das Vorhandensein großer Heime mit überregionalem Einzugsbereich oder spezieller Aufgabenstellung, teils aber auch auf sozioökonomische Verflechtungen und topographische Gegebenheiten zurückzuführen. Der Bericht über die Erhebung 1974 ist auf diese Wanderungsbewegungen ausführlich eingegangen. Dabei war festgestellt worden, daß der Prozentsatz der Heimbewohner, die bereits vor der Heimaufnahme im gleichen Kreis gewohnt haben, in den einzelnen Landesteilen außerordentlich unterschiedlich ist. Die Spanne reicht von 30 % bis 98 %. Starke Zuwanderungen gebietsfremder Personen waren insbesondere in den Fremdenverkehrsgebieten des Landes zu beobachten.

Die Erhebung 1977 zeigt nunmehr, daß der Bestand an Heimplätzen in einigen Kreisen mit starkem Fremdenverkehr bereits deutlich über dem Landesmaßstab liegt. Dennoch hält sich die Zahl der unbelegten Plätze in diesen Gebieten noch im Rahmen. Dem relativ hohen Angebot an Heimplätzen steht also offenbar auch eine höhere Nachfrage gegenüber.

In einigen anderen Kreisen ergibt die Erhebung 1977 auf den ersten Blick ein weit unterdurchschnittliches Heimplatzangebot (vgl. Schaubild 2). Für die abschließende Beurteilung der Versorgungssituation ist es aber auch hier notwendig, weitere Feststellungen zu treffen, so z. B. darüber, ob Belegungsmöglichkeiten in benachbarten Einrichtungen bestehen oder ob neben den Heimen für alte Menschen noch andere Einrichtungen vorhanden sind (wie z. B. psychogeriatrische Einrichtungen oder Behinderteneinrichtungen), die durch ihr Leistungsangebot ebenfalls zur stationären Versorgung alter Menschen beitragen.

Eine ausreichende Berücksichtigung all dieser Fakten in der Planung ist praktisch nur vor Ort möglich. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung hat deshalb bewußt davon abgesehen, in diesem Bericht erneut Berechnungen darüber anzustellen, welcher Bedarf an Heimplätzen sich in den einzelnen Stadt- und Landkreisen bei Anwendung eines ganz bestimmten Bedarfsschlüssels ergeben würde. Aussagen über den

Bedarf auf Kreisebene müssen in den Kreisaltenplänen getroffen werden. Von außerordentlich großer Wichtigkeit ist dabei auch die Festlegung der geeigneten Standorte und die Schaffung eines bedarfsgerecht strukturierten Heimplatzangebots. Der Bedarf an Heimplätzen in den einzelnen Kreisen kann sowohl über als auch unter dem Landesmaßstab liegen. Die in Abschnitt 2.1 erwähnten Entwicklungen lassen heute ganz allgemein eher eine zurückhaltende Einschätzung des Bedarfs angedeutet erscheinen. Dies deckt sich auch mit den vom Landkreistag im April 1977 herausgegebenen Empfehlungen zur Altenhilfe, in denen der Bedarf an Altenheimen in den Landkreisen mit 1,5 Plätzen und der Bedarf an Altenpflegeheimen mit 2,0 Plätzen je 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren angenommen wird. Allerdings können auch diese Schlüsselzahlen nicht mehr sein als eine Orientierungshilfe. Sie entbinden, wie der Landkreistag in seinen Empfehlungen selbst ausführt, nicht von sehr gründlichen örtlichen Bedarfsuntersuchungen.

Über den derzeitigen Bestand an Heimplätzen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen informiert Schaubild 2. Der Heimplatzbestand ist dabei der besseren Vergleichbarkeit wegen in Relation zur Altenbevölkerung des jeweiligen Kreises gesetzt. Die kartographische Darstellung beschränkt sich jedoch auf die Plätze in Altenheimen und Altenpflegeheimen. Die Plätze in Altenwohnheimen und Wohnstiften³⁾ sind wegen des meist überregionalen Einzugsbereichs dieser Einrichtungen in der Darstellung außer Betracht geblieben. Die Einbeziehung dieser Plätze hätte die Aussagekraft des Schaubilds eher verschlechtert als verbessert. In den tabellarischen Zusammenstellungen im Anhang dieses Berichts sind die Plätze in Altenwohnheimen und Wohnstiften mit aufgeführt.

Im Landesdurchschnitt sind derzeit je 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren 3,48 Altenheim- und Pflegeplätze vorhanden. Den mit Abstand höchsten Versorgungsgrad hat der Stadtkreis Baden-Baden mit 8,31 Plätzen je 100 Betagte aufzuweisen. An zweiter und dritter Stelle folgen der Stadtkreis Freiburg und der Landkreis Calw mit 6,31 bzw. 6,10 Plätzen. Das niedrigste Ergebnis liegt bei 1,86 Plätzen je 100 Betagte.

Aus den dargelegten Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Bedarfs an Heimplätzen folgt, daß auch bei der Beurteilung der Frage, ob an einem ganz bestimmten Ort noch eine weitere Einrichtung benötigt wird, nicht schematisch verfahren werden kann. Die Feststellung, daß in dem betreffenden Gebiet 2, 3 oder 4 Heimplätze je 100 alte Menschen vorhanden sind, gibt zwar für die Beurteilung dieser Frage wichtige Fingerzeige, sie reicht jedoch für die konkrete Entscheidung des Einzelfalles in aller Regel noch nicht aus. Hierzu bedarf es einer individuellen Prüfung jedes einzelnen Projekts. Das Land Baden-Württemberg ist bemüht, dieser Tatsache auch in seiner Förderpraxis Rechnung zu tragen. Seit 1976 wird jedes zur Förderung anstehende Projekt durch den beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung gebildeten Koordinierungsausschuß für Investitionen der Jugend-, Alten- und Gefährdetenhilfe eingehend beraten. Der Ausschuß beurteilt die Planung, den Bau und den Umbau von Heimen mit dem Ziel, Priorität und Bedarf aufeinander abzustimmen. Das Augenmerk des Ausschusses gilt dabei insbesondere auch der Finanzierung, der Bauausführung und dem Problem der Folgekosten (wirtschaftliche Betriebsführung, Pflegesätze). In dem Ausschuß sind die Verbände der freien

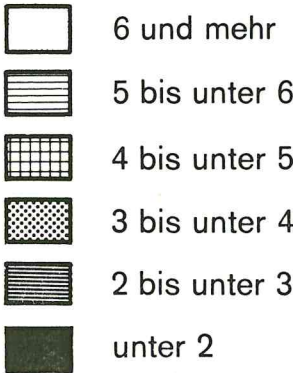
³⁾ Vgl. Fußnote auf Seite 9.

Schaubild 2

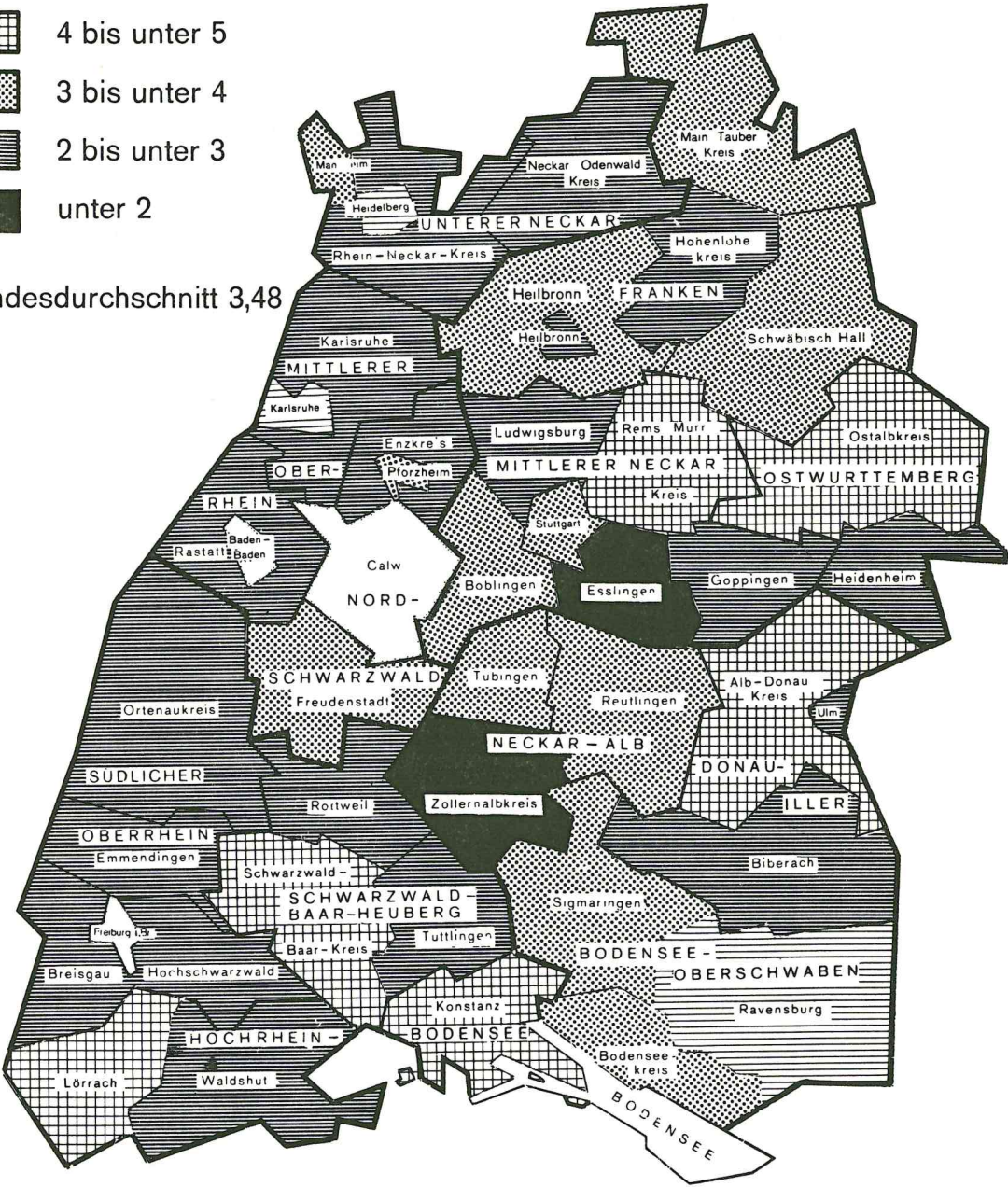
Versorgung mit Alten- und Altenpflegeheimen

Stand 3. Juni 1977

Plätze je 100 Einwohner im Alter von 65 und mehr Jahren



Landesdurchschnitt 3,48



Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung
Baden-Württemberg

Wohlfahrtspflege, die Landeswohlfahrtsverbände und die kommunalen Landesverbände vertreten. Eine Förderung durch das Land erfolgt nur, wenn der Koordinierungsausschuß dem Projekt zugestimmt hat.

3. Größe, Baujahr und Ausstattung der Heime

3.1 Größe der Heime

Bemerkenswerte Veränderungen werden bei der Aufgliederung der Heime nach Größenklassen sichtbar. In den beiden untersten Größenklassen (unter 10 Plätze und 10 bis unter 20 Plätze) hat die Zahl der Heime seit 1974 um 24 abgenommen, während in allen anderen Größenklassen Zunahmen zu verzeichnen sind. Die stärkste Zunahme findet sich bei den Heimen mit 100 bis unter 200 Plätzen (+ 18).

Der Anteil der kleineren Heime mit weniger als 50 Plätzen am gesamten Heimplatzbestand liegt nunmehr bei 18,35% (1974 = 20,94%). In den Heimen mittlerer Größe mit 50 bis unter 200 Plätzen befinden sich 63,19% (1974 = 64,37%) und in den größeren Heimen mit 200 und mehr Plätzen befinden sich 18,46% (1974 = 14,70%) aller Heimplätze (Übersicht 5).

Übersicht 5

Heime und Plätze für alte Menschen nach der Größe der Heime

Größe der Heime (Zahl der Plätze)	Heime				Plätze	
	insgesamt	ein- gliedrig	zwei- gliedrig	drei- gliedrig	insgesamt	%
unter 10	46	44	2	—	275	0,55
10— 19	89	68	21	—	1 279	2,54
20— 49	241	191	50	—	7 691	15,26
50— 99	196	85	104	7	14 346	28,47
100—199	128	19	86	23	17 501	34,73
200—299	20	4	9	7	4 615	9,16
300—499	8	—	3	5	2 840	5,64
500 und mehr	3	2	1	—	1 848	3,67
Zusammen	731	413	276	42	50 395	100

3.2 Baujahr und Ausstattung der Heime

Die Inbetriebnahme neuer und die Schließung alter Heime haben zu einer merklichen Verjüngung der Bausubstanz geführt. 55,2 % aller Heimplätze befinden sich in Heimen, die 1960 oder später erbaut wurden (Übersicht 6). 1974 hatte der entsprechende Anteil noch bei 46,1 % gelegen. Die vor 1948 erstellten Heime und die Heime, für die eine Angabe über das Baujahr nicht zu erhalten war, verfügen gegenwärtig noch über 26,7 % der Heimplätze, 1974 hatte ihr Anteil noch 34,0 % betragen.

Von den vor 1960 erbauten Heimen sind mehr als drei Viertel vollständig oder teilweise saniert. Knapp ein Viertel der Heime gab an, daß eine Sanierung vorgesehen sei.

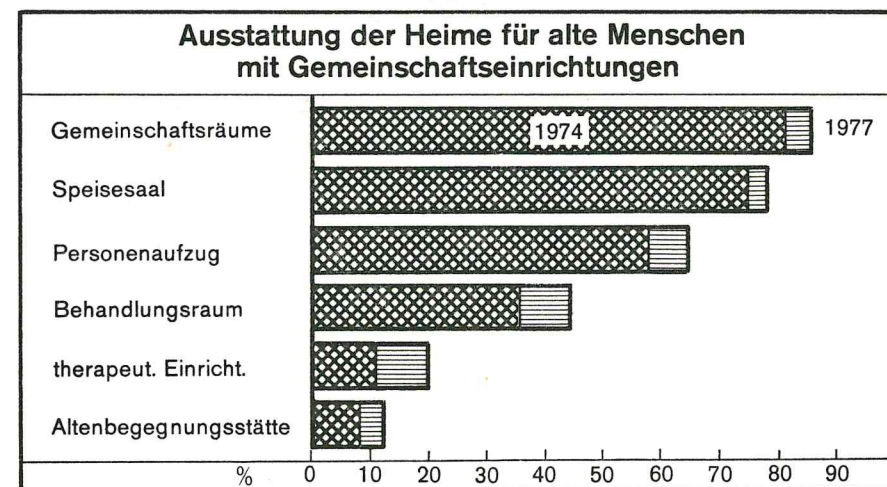
Übersicht 6

Heime und Plätze für alte Menschen nach dem Baujahr des Heimes

Baujahr	Heime		Plätze	
	insgesamt	%	insgesamt	%
1960 und später	307	42,0	27 799	55,2
1948—1959	142	19,4	9 151	18,2
1921—1947	67	9,2	2 974	5,9
1900—1920	88	12,0	4 076	8,1
vor 1900	114	15,6	5 837	11,6
ohne Angabe	13	1,8	558	1,1
Zusammen	731	100	50 395	100

Die Ausstattung der Heime mit Gemeinschaftseinrichtungen hat sich seit 1974 merklich verbessert. Schaubild 3 zeigt, inwieweit die Heime derzeit über Gemeinschaftsräume, Speisesäle, Personenaufzüge, Behandlungsräume, therapeutische Einrichtungen und Altenbegegnungsstätten verfügen. Die Ergebnisse des Jahres 1974 sind zu Vergleichszwecken mit in die Darstellung einbezogen.

Schaubild 3



Eine besonders erfreuliche Entwicklung zeigt sich danach bei den therapeutischen Einrichtungen (Gymnastikräume, Kneippanlagen, Bewegungsbäder und dgl.). Der Anteil der entsprechend ausgestatteten Heime hat sich von 1974 bis 1977 von 11 % auf 21 % erhöht und damit nahezu verdoppelt. Ähnliches gilt für die Ausstattung mit Altenbegegnungsstätten. Während 1974 auf die Frage, ob dem Heim eine Altenbegegnungsstätte angeschlossen ist, die auch Nichtheimbewohnern zugänglich ist, erst 8 % der Heime mit Ja antworteten, sind es nun bereits 13 %. Über einen Speisesaal verfügen mittlerweile 79 % der Heime (1974 = 74 %), mit Gemeinschaftsräumen (Aufenthalts-, Lese-, Fernsehräume, Spielzimmer usw.) sind 86 % der Heime ausgestattet (1974 = 81 %).

Auch bei der Ausstattung mit Personenaufzügen ist gegenüber 1974 eine deutliche Verbesserung zu erkennen. Dennoch fehlt ein Personenaufzug auch heute noch bei mehr als einem Drittel aller Heime. Zwar handelt es sich bei der Mehrzahl dieser Heime um ältere und kleinere Einrichtungen mit weniger als 50 Plätzen, immerhin haben aber auch von den Heimen mittlerer Größe rund zwei Dutzend die Frage nach dem Vorhandensein eines Personenaufzuges verneint.

Die Angaben der Heime über ihre Sanierungsabsichten lassen erwarten, daß sich die bauliche Ausstattung in den kommenden Jahren weiter verbessern wird.

4. Belegung der Heime

Bei der Erhebung im Jahre 1974 war festgestellt worden, daß zum Zeitpunkt der Erhebung 94,56 % aller Altenheimplätze und 93,45 % aller Plätze in Altenpflegeheimen und Pflegeabteilungen belegt waren. In den Einbettzimmern lagen die Belegungsquoten sogar jeweils über 96 %, was angesichts der Fluktuation der Heimbewohner praktisch einer Vollbelegung gleichkommt. Eine „echte“ Unterbelegung war allenfalls bei den weniger attraktiven Mehrbettzimmern festzustellen, immerhin erreichte die Belegungsquote aber selbst in den Fünf- und Mehrbettzimmern in Altenheimen noch 89,9 %.

Dennoch hatte das Sozialministerium in den Folgejahren Hinweise erhalten, daß die Belegung einzelner Heime Schwierigkeiten bereite. Dieser Punkt war deshalb bei der Erhebung 1977 erneut Gegenstand der Befragung. Um die infolge der ständigen Fluktuation unter den Heimbewohnern nur vorübergehend unbelegten Plätze aus der Betrachtung auszuklammern, wurde dabei ganz gezielt nach den Plätzen gefragt, die seit mehr als drei Monaten unbelegt sind.

Die Zahl dieser Plätze belief sich bei den Altenheimen insgesamt jedoch nur auf 591, in den Altenpflegeheimen und Pflegeabteilungen sogar nur auf 209. Das sind 2,04 % bzw. 1,47 % des Bestandes. Selbst von diesen Zahlen müssen aber noch Abstriche gemacht werden, da einige Heime darauf hingewiesen haben, daß eine Neubelegung der Plätze nur deshalb nicht erfolgt sei, weil das Heim in Bälde geschlossen werde oder weil zur Zeit eine Sanierungsmaßnahme durchgeführt werde. Die Hinweise auf Belegungsschwierigkeiten können demnach, soweit eine Verallgemeinerung überhaupt möglich ist, nur so verstanden werden, daß sich der in der Vergangenheit zum Teil sehr starke Aufnahmepressure mit dem zunehmenden Angebot an Heimplätzen, mit dem verstärkten Ausbau der offenen Hilfen und mit den steigenden Kosten des Heimaufenthaltes inzwischen merklich abgeschwächt hat, so daß es heute nicht mehr

möglich ist, jeden freiwerdenden Platz sofort wieder zu belegen. Soweit hierdurch den älteren Menschen zusätzliche Wahlmöglichkeiten eröffnet werden, ist diese Entwicklung durchaus zu begrüßen. Mit der allmählichen Annäherung von Bestand (Angebot an Heimplätzen) und Bedarf (Nachfrage nach Heimplätzen) zeigt sich aber auch immer deutlicher, daß es nicht nur darauf ankommen kann, quantitativ einen Ausgleich zwischen beiden Größen herbeizuführen, sondern daß es ebenso wichtig ist, daß sich das Angebot an Heimplätzen auch in seiner qualitativen Struktur (Komfort, Leistungsangebot, Preis) mit der Nachfrage deckt.

Seit mehr als drei Monaten unbelegte Wohnungen in Altenwohnheimen wurden — wenn man von einer größeren, erst 1975 in Betrieb genommenen Einrichtung absieht — nur vereinzelt gemeldet.

5. Pflegesätze

Ein sozialpolitisch außerordentlich bedeutsames Problem sind die im Zuge der Kostenentwicklung in den Heimen in den letzten Jahren stark gestiegenen Pflegesätze. Die Frage nach der Höhe der derzeitigen Pflegesätze war deshalb auch bei der Erhebung 1977 wieder ein zentraler Punkt.

5.1 Festsetzungen der Pflegesatzkommission

Die Pflegesätze der Heime der freien Wohlfahrtspflege werden in Baden-Württemberg durch eine Pflegesatzkommission festgesetzt, in der sowohl die Heimträger als auch die Kostenträger der Sozialhilfe vertreten sind. Die festgesetzten Pflegesätze sind zwar nur insoweit verbindlich, als die Heimkosten von der Sozialhilfe getragen werden, die Heime wenden diese Sätze jedoch in aller Regel auch für ihre Selbstzahler an. In nicht wenigen Fällen werden die Festsetzungen der Pflegesatzkommission von kommunalen Einrichtungen und privaten Heimen auch für deren Bereich übernommen. In der Praxis kommt deshalb den Entscheidungen dieser Kommission eine Leitfunktion zu.

Die Kommission unterscheidet zwischen einfachen und gehobenen Heimen sowie zwischen Ein- und Mehrbettzimmern. Als gehobene Heime gelten Einrichtungen, die mit Zentralheizung und fließendem Wasser in den Zimmern versehen sind. Außerdem wird zwischen allgemeinen und Sonderpflegesätzen differenziert.

Die allgemeinen Pflegesätze können von den Heimen ohne Nachweis der Selbstkosten abgerechnet werden. Sie haben sich seit 1. Januar 1972 wie folgt entwickelt:

Stichtag	Tägliche Pflegesätze in DM in Heimen mit			
	einfacher Ausstattung		gehobener Ausstattung	
	Einbettzimmer	Mehrbettzimmer	Einbettzimmer	Mehrbettzimmer
1. 1. 1972	16,10—16,60	14,40	19,20—20,90	16,60—17,80
1. 1. 1973	17,50—18,10	15,70	20,90—22,80	18,10—19,40
1. 1. 1974	19,40—20,10	17,40	23,20—25,40	20,10—21,50
1. 10. 1974	20,00—20,70	17,90	23,90—26,20	20,70—22,10
1. 1. 1975	21,20—21,90	18,90	25,30—27,70	21,90—23,40
1. 2. 1976	22,20—22,90	19,80	26,50—29,00	22,90—24,50
1. 2. 1977	23,60—24,30	21,00	28,10—30,80	24,30—26,00

Heime, die trotz sparsamer Wirtschaftsführung mit dem allgemeinen Pflegesatz nicht auskommen, können von der Pflegesatzkommission einen Sonderpflegesatz zugewilligt erhalten. Dieser Sonderpflegesatz ist von Heim zu Heim verschieden und liegt zum Teil erheblich über dem allgemeinen Pflegesatz. Die Ergebnisse der Erhebung 1977 zeigen, daß Sonderpflegesätze insbesondere in den personalintensiven Pflegeheimen in den letzten Jahren mehr und mehr zum Regelfall geworden sind.

Die erstmalige Festsetzung eines Sonderpflegesatzes erfolgt für jedes einzelne Heim individuell auf Selbstkostenbasis. Die späteren Anpassungen der Pflegesätze werden dann pauschal durch lineare Anhebungen vorgenommen. Maßgeblich hierfür ist die allgemeine Kostenentwicklung in den Heimen. Die Pflegesatzkommission hat den Heimen, denen ein Sonderpflegesatz zugestanden worden ist, in den letzten Jahren mehrmals derartige lineare Anhebungen der Pflegesätze gestattet, und zwar ab

1. 1. 1972	um 7—8 %
1. 1. 1973	um 8,3 %
1. 1. 1974	um 12,0 %
1. 10. 1974	um 3,0 %
1. 1. 1975	um 3,8 %
1. 2. 1976	um 4,8 %
1. 2. 1977	um 6,2 %

Hieraus errechnet sich für die Zeit von Ende 1972 bis Ende 1977 eine Steigerung um insgesamt 44,3 %, das sind im Fünfjahresdurchschnitt 7,6 % pro Jahr.

5.2 Ergebnisse der Erhebung 1977

Die Festsetzungen der Pflegesatzkommission haben — wie bereits dargelegt — unmittelbare Gültigkeit nur für die Heime der freien Wohlfahrtspflege. In die Erhebung 1977 waren jedoch neben diesen Heimen auch die Heime öffentlicher und privater Träger einbezogen. Die Fragen nach dem Pflegesatz konnten sich daher nur auf die tatsächlich erhobenen, absoluten Beträge beziehen, unabhängig davon, ob es sich hierbei um von der Pflegesatzkommission festgesetzte, um von kommunalen Gremien beschlossene oder um frei vereinbarte Pflegesätze handelt. Dabei ergab sich folgendes Bild:

Die Pflegesätze in den Altenheimen liegen gegenwärtig zwischen 14 und 48 DM pro Tag. Das Schwergewicht liegt bei 24 bis 42 DM, am häufigsten wird von den Heimen ein Betrag zwischen 30 und 32 DM genannt (vgl. Schaubild 4). Bei Pflegebedürftigkeit kommt zu diesem Pflegesatz noch ein Pflegezuschlag hinzu, der nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit gestaffelt ist und pro Tag zwischen 2 und 8 DM beträgt.

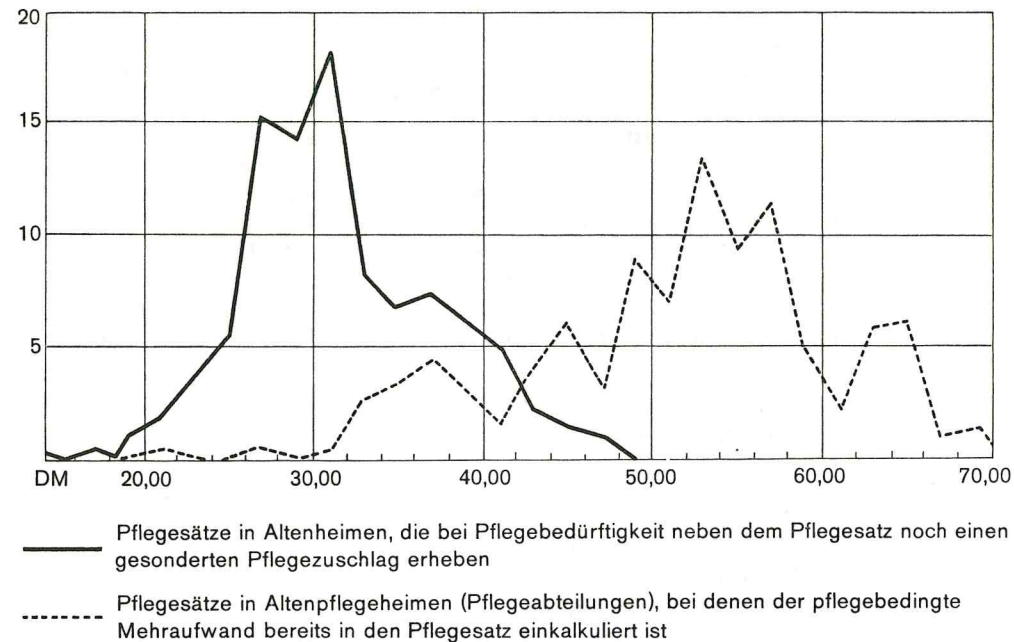
Bei einigen Heimen ist der pflegebedingte Mehraufwand bereits voll in den Pflegesatz einkalkuliert, so daß die Erhebung eines gesonderten Pflegezuschlags entfällt. Der Pflegesatz ist in diesen Fällen entsprechend höher, das Schwergewicht liegt zwischen 28 und 46 DM pro Tag.

Auch bei den Pflegesätzen in Altenpflegeheimen muß unterschieden werden zwischen Heimen, die neben dem Pflegesatz noch einen gesonderten Pflegezuschlag erheben und Heimen, bei denen der pflegebedingte Mehraufwand bereits voll in den Pflegesatz eingerechnet ist. Letzteres ist vorwiegend bei den neueren, gut ausgestatteten Heimen der Fall. Die Ergebnisse sind daher nur bedingt vergleichbar.

Schaubild 4

Tägliche Pflegesätze in Alten- und Altenpflegeheimen

Häufigkeit in %



Die Pflegesätze der erstgenannten Gruppe von Heimen betragen gegenwärtig 14 bis 64 DM pro Tag, das Schwergewicht liegt bei 26 bis 46 DM. In der zweiten Gruppe erreichen die Pflegesätze bereits bis zu 70 DM pro Tag, das Schwergewicht liegt bei 36 bis 66 DM, am häufigsten wird von den Heimen ein Betrag zwischen 52 und 54 DM genannt.

5.3 Ursachen der Kostenentwicklung

Die Selbstkosten der Alten- und Altenpflegeheime bestehen nach den Erfahrungen der Pflegesatzkommission im Durchschnitt zu etwa 55 % aus Personalkosten und zu etwa 45 % aus Sachkosten. Die Personalkostenanteile der Pflegeheime liegen wegen der Notwendigkeit einer intensiveren Betreuung der Heimbewohner in der Regel deutlich über denen der Altenheime; bei besonders personalintensiven Einrichtungen kann der Anteil der Personalkosten sogar bis zu 80 % betragen. Damit wird deutlich, daß die Kostenentwicklung in den Heimen in starkem Maße durch die personelle Ausstattung und die Entwicklung der Personalkosten bestimmt wird. Personaleinsparungen dürfen im allgemeinen nur vertretbar sein, soweit sie nicht zu einer Leistungsminderung führen. Einer Kostensenkung im Personalbereich dürften somit enge Grenzen gesetzt sein.

Einen bedeutenden Kostenfaktor stellen auch die Kapitaldienste für Fremdmittel dar, die von den Trägern zur Abdeckung der Investitionskosten in Anspruch genommen werden müssen. Das Land ist deshalb bemüht, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten dazu beizutragen, daß diese Belastungen so gering wie möglich gehalten werden können. Es fördert den Bau (Erwerb), die Erweiterung und die bauliche Verbesserung von Heimen durch Zuschüsse an die Gemeinden und Gemeindeverbände und die Träger der freien Wohlfahrtspflege aus Kapitel

0920 „Altenhilfe“ und durch Darlehen aus dem Landeswohnungsbauprogramm.

Die Zuschüsse aus dem Kapitel „Altenhilfe“ betragen bei den Altenwohnheimen und Altenheimen 15 % der förderungsfähigen Kosten, höchstens jedoch 12 000 DM pro Heimplatz. Altenpflegeheime werden mit 30 % der förderungsfähigen Kosten, höchstens jedoch mit 27 000 DM je Heimplatz bezuschußt. Insgesamt hat das Land in den Jahren 1972 bis 1977 für die Förderung des Heimplatzbaus Zuschüsse in Höhe von rund 138 Millionen DM bereitgestellt.

Die Darlehen aus dem Landeswohnungsbauprogramm richten sich nach der Art des Heimplatzes und der Ausstattung. Dabei wird zwischen Wohnungen in Altenwohnheimen und Wohnplätzen in Altenheimen unterschieden. Pflegeheime sind in die Förderung nach dem Landeswohnungsbauprogramm nicht einbezogen.

Ohne die Zuschüsse und Darlehen müßten zur Finanzierung der Heimplätze in weit größerem Maße Kapitalmarktmittel in Anspruch genommen werden. Dies würde jedoch wesentlich höhere Folgekosten nach sich ziehen. Die Förderung durch das Land ist daher nicht nur für die Aufbringung der Investitionskosten, sondern auch für die Höhe der laufenden Kosten der Heime und damit für die Pflegesätze von großer Bedeutung.

Zusätzlich zu den vorstehenden Fördermaßnahmen hat die Landeskreditbank auf Beschluß der Landesregierung in den letzten Jahren mehrmals bankeigene Mittel zur Ablösung hochverzinslicher Kapitalmarktdarlehen zur Verfügung gestellt.

5.4 Sozialversicherungsrechtliche Abdeckung des Risikos der Pflegebedürftigkeit

Bereits bei der Erhebung 1974 war festgestellt worden, daß der Anteil der Sozialhilfeempfänger unter den Heimbewohnern in den Altenpflegeheimen wesentlich höher ist als in den Altenheimen. Eine wichtige Ursache hierfür liegt in der unterschiedlichen Höhe der Kosten. Während die monatlichen Kosten des Heimaufenthalts für einen nichtpflegebedürftigen Heimbewohner auch heute noch meist weniger als 1 000 DM betragen, sind bei der Unterbringung in einem modernen Pflegeheim monatliche Heimkosten von 1 500 DM bis 1 800 DM schon recht häufig. Diese Mehrbelastung hat aber sehr oft zur Folge, daß alte Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, weil die Rente zur Bestreitung der Heimkosten nicht ausreicht und weil es für das Risiko der Pflegebedürftigkeit keinen sozialversicherungsrechtlichen Träger gibt. Diese Tatsache ist nach Auffassung der Landesregierung unbefriedigend. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung hat deshalb im Februar 1977 die Studie „Die Pflegebedürftigkeit als Leistungsgrund der Sozialversicherung“ veröffentlicht, in der das Problem einer sozialversicherungsrechtlichen Abdeckung des Risikos der Pflegebedürftigkeit sowohl aus sozialpolitischer wie auch aus rechtlicher und finanzieller Sicht eingehend untersucht wird. Die Studie ist den zuständigen Ministerien und Politikern zugewiesen. Zur Lösung des Problems bedarf es einer bundesgesetzlichen Regelung.

Die Konferenz der Minister und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder (ASMK) hat sich auf Antrag Baden-Württembergs bereits in den Jahren 1975 und 1976 mit dieser Problematik befaßt. Die 50. ASMK hat nunmehr am 28./29. September 1977 in Ludwigsburg beschlossen, den Bundesminister

für Jugend, Familie und Gesundheit zu bitten, zusammen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu bilden. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, weitere Untersuchungen über Aufbau, Zuordnung und Finanzierung ambulanter und stationärer Pflegedienste anzustellen und der nächsten Konferenz Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (GMK) ist diesem Beschluß am 9./10. November 1977 beigetreten. Baden-Württemberg ist in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vertreten.

6. Personal

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter der Altenwohn-, Alten- und Altenpflegeheime ist seit 1974 von 12 532 auf 14 273 gestiegen. Dies entspricht einer Zunahme um 13,89 %. Die Entwicklung des Personalbestandes entspricht damit in etwa der Zunahme bei den Heimplätzen, die von 1974 bis 1977 bei 13,1 % liegt.

Das Pflegepersonal wurde von den Heimen mit 5 644 Personen angegeben. 1974 waren in den Heimen 4 443 Mitarbeiter im Pflegedienst tätig. Die Zunahme liegt bei 27,03 % und damit deutlich über der Zunahme des gesamten Personals. Dies ist jedoch zumindest teilweise darauf zurückzuführen, daß sich unter den neu hinzugekommenen Heimplätzen viele Pflegeplätze befinden, die erfahrungsgemäß besonders personalintensiv sind. Teilweise dürfte aber auch eine Verbesserung des Personalschlüssels erfolgt sein.

Detaillierte Informationen über die Personalstruktur der Heime wurden bei der Erhebung 1974 gewonnen. Eine ausführliche Darstellung dieser Ergebnisse enthält der Bericht „Heime für alte Menschen in Baden-Württemberg — Erhebung 1974“.

Entwicklung des Bestandes an Heimplätzen für alte Menschen nach Stadt- und Landkreisen, Regionen und Regierungsbezirken

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart*	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Stuttgart	AWH	1 112	176	—	1 288	260
	AH	2 239	190	121	2 308	220
	APH	1 255	449	4	1 700	422
	Zus.	4 606	815	125	5 296	902
Böblingen	AWH	147	111	—	258	—
	AH	833	70	84	819	—
	APH	273	116	—	389	23
	Zus.	1 253	297	84	1 466	23
Esslingen	AWH	220	—	—	220	—
	AH	633	59	21	671	—
	APH	360	101	—	461	186
	Zus.	1 213	160	21	1 352	186
Göppingen	AWH	261	63	—	324	—
	AH	516	7	18	505	6
	APH	387	17	—	404	54
	Zus.	1 164	87	18	1 233	60
Ludwigsburg	AWH	177	54	—	231	—
	AH	929	111	25	1 015	75
	APH	503	31	15	519	50
	Zus.	1 609	196	40	1 765	125
Rems-Murr-Kreis	AWH	204	—	—	204	8
	AH	1 170	—	29	1 141	5
	APH	806	28	156	678	40
	Zus.	2 180	28	185	2 023	53
Region Mittlerer Neckar	AWH	2 121	404	—	2 525	268
	AH	6 320	437	298	6 459	306
	APH	3 584	742	175	4 151	775
	Zus.	12 025	1 583	473	13 135	1 349

* AWH = Altenwohnheime, AH = Altenheime, APH = Altenpflegeheime

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Heilbronn Stadt	AWH	42	—	—	42	—
	AH	336	—	—	336	—
	APH	114	—	—	114	—
	Zus.	492	—	—	492	—
Heilbronn Land	AWH	—	—	—	—	—
	AH	720	84	18	786	3
	APH	226	90	1	315	86
	Zus.	946	174	19	1 101	89
Hohenlohekreis	AWH	—	—	—	—	—
	AH	190	7	—	197	—
	APH	122	12	—	134	—
	Zus.	312	19	—	331	—
Schwäbisch Hall	AWH	255	—	—	255	35
	AH	427	51	83	395	—
	APH	404	93	5	492	73
	Zus.	1 086	144	88	1 142	108
Main-Tauber-Kreis	AWH	—	116	—	116	28
	AH	356	—	—	356	10
	APH	236	—	—	236	8
	Zus.	592	116	—	708	46
Region Franken	AWH	297	116	—	413	63
	AH	2 029	142	101	2 070	13
	APH	1 102	195	6	1 291	167
	Zus.	3 428	453	107	3 774	243
Heidenheim	AWH	48	—	—	48	31
	AH	289	36	—	325	—
	APH	171	30	—	201	—
	Zus.	508	66	—	574	31
Ostalbkreis	AWH	174	—	—	174	—
	AH	1 143	63	93	1 113	—
	APH	510	105	8	607	—
	Zus.	1 827	168	101	1 894	—

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Region Ost- württemberg	AWH	222	—	—	222	31
	AH	1 432	99	93	1 438	—
	APH	681	135	8	808	—
	Zus.	2 335	234	101	2 468	31
Regierungsbezirk Stuttgart	AWH	2 640	520	—	3 160	331
	AH	9 781	678	492	9 967	319
	APH	5 367	1 072	189	6 250	973
	Zus.	17 788	2 270	681	19 377	1 623
Baden-Baden	AWH	47	—	—	47	—
	AH	663	—	16	647	67
	APH	198	—	—	198	17
	Zus.	908	—	16	892	84
Karlsruhe Stadt	AWH	994	—	—	994	—
	AH	1 442	17	—	1 459	—
	APH	889	70	4	955	200
	Zus.	3 325	87	4	3 408	200
Karlsruhe Land	AWH	20	78	—	98	—
	AH	514	35	52	497	20
	APH	652	170	183	639	270
	Zus.	1 186	283	235	1 234	290
Rastatt	AWH	171	—	—	171	—
	AH	410	—	—	410	30
	APH	111	—	18	93	30
	Zus.	692	—	18	674	60
Region Mittlerer Oberrhein	AWH	1 232	78	—	1 310	—
	AH	3 029	52	68	3 013	117
	APH	1 850	240	205	1 885	517
	Zus.	6 111	370	273	6 208	634

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Heidelberg	AWH	755	—	—	755	—
	AH	721	—	—	721	—
	APH	476	—	—	476	—
	Zus.	1 952	—	—	1 952	—
Mannheim	AWH	365	—	—	365	10
	AH	873	—	17	856	—
	APH	681	3	8	676	33
	Zus.	1 919	3	25	1 897	43
Neckar-Odenwald- Kreis	AWH	—	—	—	—	—
	AH	345	29	—	374	48
	APH	161	26	35	152	112
	Zus.	506	55	35	526	160
Rhein-Neckar- Kreis	AWH	159	—	—	159	12
	AH	779	21	29	771	—
	APH	462	3	2	463	—
	Zus.	1 400	24	31	1 393	12
Region Unterer Neckar	AWH	1 279	—	—	1 279	10
	AH	2 718	50	46	2 722	48
	APH	1 780	32	45	1 767	157
	Zus.	5 777	82	91	5 768	215
Pforzheim	AWH	—	—	—	—	—
	AH	432	100	—	532	—
	APH	217	—	—	217	60
	Zus.	649	100	—	749	60
Calw	AWH	33	—	—	33	—
	AH	568	27	—	595	20
	APH	545	271	—	816	—
	Zus.	1 146	298	—	1 444	20
Enzkreis	AWH	79	—	—	79	—
	AH	303	51	—	354	29
	APH	115	—	—	115	—
	Zus.	497	51	—	548	29

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Freudenstadt	AWH	—	—	—	—	—
	AH	287	—	2	289	10
	APH	198	—	22	220	—
	Zus.	485	—	24	509	10
Region Nordschwarzwald	AWH	112	—	—	112	—
	AH	1 590	178	2	1 766	59
	APH	1 075	271	22	1 324	60
	Zus.	2 777	449	24	3 202	119
Regierungs- bezirk Karlsruhe	AWH	2 623	78	—	2 701	10
	AH	7 337	280	116	7 501	224
	APH	4 705	543	272	4 976	734
	Zus.	14 665	901	388	15 178	968
Freiburg	AWH	243	—	—	243	—
	AH	1 245	—	3	1 242	31
	APH	397	49	—	446	10
	Zus.	1 885	49	3	1 931	41
Breisgau-Hoch- schwarzwald	AWH	25	—	—	25	20
	AH	471	170	—	641	60
	APH	169	50	—	219	88
	Zus.	665	220	—	885	168
Emmendingen	AWH	—	—	—	—	—
	AH	276	—	—	276	30
	APH	46	—	—	146	190
	Zus.	422	—	—	422	220
Ortenaukreis	AWH	119	—	—	119	—
	AH	818	—	—	818	—
	APH	344	53	15	382	—
	Zus.	1 281	53	15	1 319	—
Region Südlicher Oberrhein	AWH	387	—	—	387	20
	AH	2 810	170	3	2 977	121
	APH	1 056	152	15	1 193	288
	Zus.	4 253	322	18	4 557	429

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Rottweil	AWH	20	—	—	20	—
	AH	351	—	5	346	20
	APH	109	—	—	109	30
	Zus.	480	—	5	475	50
Schwarzwald- Baar-Kreis	AWH	83	—	—	83	—
	AH	960	170	119	1 011	—
	APH	348	172	—	520	—
	Zus.	1 391	342	119	1 614	—
Tuttlingen	AWH	—	—	—	—	—
	AH	310	—	—	310	—
	APH	101	40	—	141	—
	Zus.	411	40	—	451	—
Region Schwarzwald- Baar-Heuberg	AWH	103	—	—	103	—
	AH	1 621	170	124	1 667	20
	APH	558	212	—	770	30
	Zus.	2 282	382	124	2 540	50
Konstanz	AWH	343	—	—	343	—
	AH	1 078	27	30	1 075	—
	APH	315	—	14	301	54
	Zus.	1 736	27	44	1 719	54
Lörrach	AWH	56	—	—	56	—
	AH	572	—	—	572	—
	APH	546	136	—	682	240
	Zus.	1 174	136	—	1 310	240
Waldshut	AWH	100	—	—	100	—
	AH	442	—	4	438	—
	APH	93	—	—	93	—
	Zus.	635	—	4	631	—
Region Hochrhein- Bodensee	AWH	499	—	—	499	—
	AH	2 092	27	34	2 085	—
	APH	954	136	14	1 076	294
	Zus.	3 545	163	48	3 660	294

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Regierungs- bezirk Freiburg	AWH	989	—	—	989	20
	AH	6 523	367	161	6 729	141
	APH	2 568	500	29	3 039	612
	Zus.	10 080	867	190	10 757	773
Reutlingen	AWH	—	—	—	—	—
	AH	631	—	15	616	—
	APH	334	—	—	334	—
	Zus.	965	—	15	950	—
Tübingen	AWH	—	—	—	—	—
	AH	456	—	21	435	—
	APH	200	—	—	200	21
	Zus.	656	—	21	635	21
Zollernalbkreis	AWH	233	56	—	289	—
	AH	297	—	3	294	—
	APH	139	—	—	139	—
	Zus.	669	56	3	722	—
Region Neckar-Alb	AWH	233	56	—	289	—
	AH	1 384	—	39	1 345	—
	APH	673	—	—	673	21
	Zus.	2 290	56	39	2 307	21
Ulm	AWH	—	—	—	—	—
	AH	414	—	5	409	—
	APH	112	—	—	112	—
	Zus.	526	—	5	521	—
Alb-Donau- Kreis	AWH	23	6	—	29	15
	AH	704	—	73	631	73
	APH	220	—	—	220	—
	Zus.	947	6	73	880	88

Stadt-/Landkreis Region Regierungsbezirk Land	Heimart	Vorhandene Heimplätze (3. Juni 1977)	Plätze im Bau	Künftig wegfallende Plätze	Fortge- schriebener Bestand	Nachrichtlich: Plätze in der Planung
Biberach	AWH	137	—	—	137	—
	AH	443	140	38	545	—
	APH	84	100	—	184	—
	Zus.	664	240	38	866	—
Region Donau-Iller*)	AWH	160	6	—	166	15
	AH	1 561	140	116	1 585	73
	APH	416	100	—	516	—
	Zus.	2 137	246	116	2 267	88
Bodenseekreis	AWH	313	—	—	313	—
	AH	813	—	59	754	86
	APH	12	—	—	12	104
	Zus.	1 138	—	59	1 079	190
Ravensburg	AWH	247	—	—	247	10
	AH	1 145	—	—	1 145	20
	APH	425	17	—	442	10
	Zus.	1 817	17	—	1 834	40
Sigmaringen	AWH	37	—	—	37	—
	AH	377	—	—	377	7
	APH	66	—	—	66	—
	Zus.	480	—	—	480	7
Region Bodensee- Oberschwaben	AWH	597	—	—	597	10
	AH	2 335	—	59	2 276	113
	APH	503	17	—	520	114
	Zus.	3 435	17	59	3 393	237
Regierungs- bezirk Tübingen	AWH	990	62	—	1 052	25
	AH	5 280	140	214	5 206	186
	APH	1 592	117	—	1 709	135
	Zus.	7 862	319	214	7 967	346
Baden- Württemberg	AWH	7 242	660	—	7 902	386
	AH	28 921	1 465	983	29 403	870
	APH	14 232	2 232	490	15 974	2 454
	Zus.	50 395	4 357	1 473	53 279	3 710

*) soweit Baden-Württemberg

Veröffentlichungen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung zur Altenhilfe

Altenhilfe in Baden-Württemberg	Juli 1973
Seniorenprogramm	März 1974
	Neuaufgabe September 1976
Heime für alte Menschen in Baden-Württemberg — Erhebung 1974	Januar 1975
Sozialpolitik in Baden-Württemberg — Leistungen und Perspektiven —	Mai 1976
Die Pflegebedürftigkeit als Leistungsgrund der Sozialversicherung — Eine Studie —	Februar 1977